



**NIEDERSCHRIFT**  
**über die 48. Sitzung des Gemeinderats am 05.10.2011,**  
**im großen Sitzungssaal im Rathaus Piding**  
**öffentlicher Teil**

<b>Anwesend:</b>	Herr Holzner	Erster Bürgermeister
	Herr Argstatter	Gemeinderat
	Herr Bender	Gemeinderat
	Herr Beranek	Gemeinderat
	Herr Dießbacher	Gemeinderat
	Herr Dufter	Gemeinderat
	Herr Geigl	Gemeinderat
	Frau Goldbrunner	Gemeinderätin
	Herr Grünäugl	Gemeinderat
	Herr Hogger	Gemeinderat
	Herr Pfannerstill	Zweiter Bürgermeister
	Herr Reichenberger	Gemeinderat
	Herr Rotter	Gemeinderat
	Frau Schöndorfer	Gemeinderätin
	Frau Scholze	Gemeinderätin
	Herr Steinbrecher	Gemeinderat
	Herr Utz	Gemeinderat
	Frau Wolf	Gemeinderätin
	Herr Dr. Zimmer	Dritter Bürgermeister

**Entschuldigt/Grund:** Herr Grimm wg. Urlaub  
Herr Seichter wg. anderweitiger Verpflichtung

**Unentschuldigt:** ---

<b>Verwaltung:</b>	Frau Hirsch	Geschäftsführende Beamtin
	Herr Kloucek	Leiter Kämmerei
	Frau Aschauer	Schriftführerin

**Gäste:** ---

**Beginn:** 19.03 Uhr

**Ende:** 20.28 Uhr

### **Tagesordnung öffentlicher Teil:**

01. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung der Mitglieder und der Beschlussfähigkeit
02. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 14.09.2011 sowie der Tagesordnung
03. Anträge Bündnis 90 – Die Grünen, Ortsverband Piding vom 05.09.2011:
  - 3.1 Endabrechnung „Staufenbrücke“ – Vorlage Nachkalkulation
  - 3.2 Akteneinsicht „Vergabe Organisationsentwicklung“
04. Antrag FWG Piding vom 22.09.2011 auf Einführung einer finanziellen Förderung der Gemeinde bei Klimaschutz-Maßnahmen
05. Antrag Arbeiterwohlfahrt Ortsverein Piding auf Genehmigung Haushaltspläne 2011/2012 für die Mittagsbetreuung der Grundschule Piding
06. Information über Reaktion zur Stellungnahme der Gemeinde Piding zur Bekräftigung der Forderung zur Errichtung einer 2 km langen Autobahneinhausung
07. Verschiedenes
08. Anfragen und Anträge

### **01. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung der Mitglieder und der Beschlussfähigkeit:**

**BM Holzner** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Ebenso stellt er die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

### **02. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 14.09.2011 sowie der Tagesordnung:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung vom 14.09.2011 wird mit folgenden Anmerkungen genehmigt:

Anmerkung TOP 6 „Bauantrag EM Auenstraße Einrichtungs- und Vermietungs GmbH zum Neubau eines Lebensmittel- und Getränkemarktes mit Lager auf dem Anwesen Auenstraße 13:

**BM Holzner** stellt klar, dass folgende Wortmeldung von Herrn Dufter zu diesem Tagesordnungspunkt ergänzt wird: **GR Dufter** bittet im Protokoll zu vermerken, dass er Zweifel hat, dass die geplante Zufahrt, wie von der Verwaltung dargestellt, keine Gefährdung für die Verkehrssituation auf der Auenstraße darstellt.

Anmerkung TOP 4 „Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 45 Urwies-Ost“:

**GR Argstatter** merkt an, dass unter TOP 4 Nr. 4 Stellungnahme des Landratsamtes BGL bezüglich des Flächennutzungsplanes der Beschluss mit einer Gegenstimme seinerseits gefasst wurde.

**Beschluss:**

**Die Stellungnahme des Landratsamtes Berchtesgadener Land vom 24.08.2011 wird zur Kenntnis genommen.**

**Abstimmung: JA-Stimmen: 19**  
**NEIN-Stimmen: 1**

Mit der Tagesordnung besteht Einverständnis.

**03. Anträge Bündnis 90 – Die Grünen, Ortsverband Piding vom 05.09.2011:**  
**3.1: Endabrechnung „Staufenbrücke“ – Vorlage Nachkalkulation:**

**3. BM Dr. Zimmer** erläutert kurz den Antrag, in dem um Vorlage der Nachkalkulation zur Endabrechnung „Staufenbrücke“ gebeten wird.

- a) Welche Beschlüsse wurden durch den GR bezüglich Staufensteg und Kosten gefasst? Insbesondere auch der Beschluss, in dem die Mehrkosten für das Geländer beschlossen wurden.

**BM Holzner** verweist auf die Sitzungsvorlage, die jedem Gemeinderat als Tischvorlage vorliegt, in der **Herr Kloucek** alle Beschlüsse zusammengestellt hat und fragt nach, ob diese vorgelesen werden sollen. Mehrheitlich spricht man sich dafür aus, die Beschlüsse nicht vorzulesen.

Bezüglich des umstrittenen Geländers vertritt **3. BM Dr. Zimmer** den Standpunkt, dass lediglich ein Beschluss über eine integrierte Beleuchtung im Geländer gefasst wurde, aber keiner über das jetzige Geländer und fragt diesbezüglich nach, warum an diesem nicht festgehalten wurde. **BM Holzner** teilt mit, dass an diesem Beschluss festgehalten wurde, allerdings die Stadt Bad Reichenhall diese Ausführung ablehnte und es so zu dieser Kompromisslösung kam. Da das jetzige Geländer auch wesentlich günstiger ist, belaufen sich die Kosten auf je 6.000,- € und fallen somit unter die Entscheidungsbefugnis des Bürgermeisters.

- b) Gegenüberstellung Kostenschätzung – Ausschreibung – Tatsächliche Kosten

**Herr Kloucek** verweist auf die als Tischvorlage aufliegende Gegenüberstellung des Büros BPR, geht auf diese ein und lässt wissen, dass eine Mehrung in Höhe von 81.836,41 € gegeben ist.

Es wird die Frage gestellt, wer für die Schäden, welche durch das Hochwasser entstanden sind, aufkommt. **BM Holzner** erwidert, dass diese Kosten von der Versicherung bzw. der Baufirma bezahlt werden.

c) Aufschlüsselung der Kosten nach Gewerken

**Herr Kloucek** macht darauf aufmerksam, dass die Aufstellung jedem Gemeinderat als Tischvorlage vorliegt und unterrichtet, dass sich die Kosten für den

- Behelfssteg inkl. Nebenkosten auf 81.436,37 €,
- Abbruch des alten Stegs inkl. Nebenkosten auf 53.560,52 € und
- Neubau inkl. Nebenkosten auf 760.260,90 € belaufen.

Die Gesamtkosten betragen somit 895.257,79 €.

Abschließend weist **Herr Kloucek** noch auf die bereits erfolgten Zahlungen an die Stadt Bad Reichenhall hin.

2009	41.821,91 €
2010	121.200,00 €
2011	55.800,00 €
<b>Gesamt</b>	<b>281.821,91 €</b>

d) Wie hoch sind die Zuschüsse für die Baumaßnahme und wie werden die Zuschüsse zwischen den beteiligten Kommunen aufgeteilt?

**Herr Kloucek** informiert, dass die staatliche Förderung voraussichtlich 400.000,- € beträgt. Zur Aufteilung der Zuschüsse ist zu sagen, dass von der Gesamtbausumme die 400.000,- € abgezogen und die Restkosten zu je 50 % auf die beiden Kommunen aufgeteilt werden. Nicht betroffen hiervon ist der Straßenbau, diese Kosten werden nach tatsächlichem Aufwand den beiden Kommunen zugerechnet. Diese Aufteilung wird derzeit von der Stadt Bad Reichenhall errechnet und ist deshalb noch nicht bekannt.

Letztendlich stellt **3. BM Dr. Zimmer** fest, dass ein Steg in Holzbauweise keine Mehrkosten verursacht hätte, da sich das Angebot auf einen Festpreis bezogen hätte und es keine Verzögerungen beim Bau gegeben hätte, da der Holzsteg ohne Pfeiler errichtet worden wäre.

### **3.2: Akteneinsicht „Vergabe Organisationsentwicklung“:**

**3. BM Dr. Zimmer** erläutert nochmals kurz den eingereichten Antrag, in dem um Akteneinsicht bezüglich der Vergabe der Organisationsuntersuchung gebeten wird, da es begründete Hinweise gibt, dass zum Zeitpunkt der Vergabe eines der drei Angebote kein „Angebot“ im Sinn der Vergabe war, sondern lediglich eine Kostenschätzung.

**Frau Hirsch** erläutert die Rechte zur Akteneinsicht nach § 3 Abs. 5 der Geschäftsordnung der Gemeinde Piding und weist darauf hin, dass im vorliegenden Fall die Akteneinsicht nicht zur Vorbereitung zu einem Tagesordnungspunkt der nächsten Gemeinderatssitzung, sondern zur Überprüfung der Informationen, die dem Gemeinderat im Rahmen der Vergabe der Organisationsuntersuchung vorgelegt wurde, dient. Die

Akteneinsicht für 3. BM Dr. Zimmer ist daher nur möglich, wenn der Gemeinderat ihn per Beschluss mit der Einsichtnahme beauftragt.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

**Beschluss:**

**Der Gemeinderat beauftragt GR Dr. Zimmer mit der Akteneinsicht zum Vorgang „Organisationsuntersuchung Gemeindeverwaltung“ und der entsprechenden Berichterstattung in der nächsten Gemeinderatssitzung.**

**Abstimmung: JA-Stimmen: 11**  
**NEIN-Stimmen: 8**

**04. Antrag FWG Piding vom 22.09.2011 auf Einführung einer finanziellen Förderung der Gemeinde bei Klimaschutz-Maßnahmen:**

**2. BM Pfannerstill** informiert über den Antrag der FWG Piding über einen finanziellen Beitrag der Gemeinde zu Klimaschutz-Maßnahmen zu beraten. Dabei sollen Vorhaben, die Privatpersonen an oder in wohnwirtschaftlich genutzten Immobilien im Gemeindebereich durchführen, berücksichtigt werden. Die Finanzierung soll aus den Einnahmen (ca. 8.000,- €/Jahr) der gemeindeeigenen Photovoltaik-Anlage auf der Schulturnhalle erfolgen. Je volle 5.000,- € förderfähige Investitionssumme erhält der Antragsteller einen Zuschuss von 100,- €.

Gefördert werden sollen z.B.:

- Photovoltaik-Anlagen
- Thermische Solaranlagen
- Erneuerung der Heizanlage
- Erneuerung der Fenster
- Dämmung der Fassade
- Dämmung des Daches

**Herr Kloucek** macht darauf aufmerksam, dass die jährlichen Einnahmen von 8.000,- € nur bei einer Volleinspeisung von ca. 27.000 kWh gegeben ist, der Gemeinderat sich aber in seiner Sitzung am 06.04.2011, TOP 12 für die Variante der Überschusseinspeisung entschieden hat. Das heißt, wenn man von einem Eigenverbrauchsanteil von 1/3-Anteil ausgeht ergibt sich eine Gesamteinnahme von ca. 6.700,- €. Zudem weist er darauf hin, dass bei einer jährlichen Fördersumme von 8.000,- € unter Berücksichtigung der Abschreibung, Verzinsung, Wartung und Versicherung mit einem Reinertrag von rund 66.000,- € zu rechnen ist. Somit trägt die Gemeinde bei einer Laufzeit von 20 Jahren ein Defizit von 94.000,- €. Ein weiterer Punkt ist, dass die Stroma Ausgabenminderung nicht eins zu eins der Gemeinde Piding zu Gute kommt, sondern dem Mittelschulverband. Die Aufteilung des Sachaufwandes für den Mittelschulverband erfolgt nach der Schülerzahl zum 01.10. eines jeden Jahres. Das Schülerverhältnis im letzten Schuljahr lag bei ca. 80 % Piding und 20 % Anger. Das heißt, dass auch nur 80 % der Ausgabenminderung der Gemeinde Piding indirekt zufließt. Ebenso erscheint es sinnvoller, über die Festlegung einer maximalen Fördergrenze je Antrag

nachzudenken und ob auch bei Neubauten diese Förderung gewährt wird. Dasselbe gilt auch bei der Erneuerung der Heizanlage. Sollen z. B. Brennwertechniken in Öl und Gas, Luftwärmepumpen, Erdwärme usw. gefördert werden oder nur nachwachsende Energieträger (z. B. Holz). Abschließend weist **Herr Kloucek** darauf hin, dass der Verwaltungsaufwand für Bürger und Gemeindeverwaltung relativ gering gehalten werden soll, was sich aus Sicht der Verwaltung allerdings als schwierig darstellt. Die Verwaltung schlägt daher vor, jedem Gebäudeeigentümer für die Erstellung eines Energieausweises für das Gebäude einen Zuschuss in Höhe von 150,- € je Gebäude und Energieausweis auszubezahlen. Die Voraussetzungen für die Auszahlung des Zuschusses sind die Vorlage einer Rechnungskopie eines regionalen staatlich anerkannten Energieberaters und die Vorlage der Energieausweiskopie.

Es schließt sich eine Diskussion an, in der einige Gemeinderäte den Vorschlag der Verwaltung für nicht sinnvoll erachten, da es Energieausweise bereits kostenlos gibt und jeder Bürger, der sein Gebäude verkauft oder verpachtet diesen hierzu benötigt. Zudem wird darauf hingewiesen, dass diese finanzielle Förderung nur als kleine Aufmerksamkeit bzw. Anerkennung dem Bürger gegenüber dienen soll und das Konzept noch besser ausgearbeitet werden muss.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

**Beschluss:**

**Der Gemeinderat beschließt eine finanzielle Anerkennung von Klimaschutz-Maßnahmen in der Gemeinde einzuführen. Bis 31.10.2011 werden die dazu notwendigen Grundlagen ausgearbeitet und in der Sitzung vom 09.11.2011 abschließend beraten.**

**Abstimmung: JA-Stimmen: 19**  
**NEIN-Stimmen: 0**

**05. Antrag Arbeiterwohlfahrt Ortsverein Piding auf Genehmigung Haushaltspläne 2011/2012 für die Mittagsbetreuung an der Grundschule Piding:**

**Herr Kloucek** teilt mit, dass die Arbeiterwohlfahrt (AWO) mit Schreiben vom 13.09.2011 den Ausgleich des entstandenen Defizits aus dem Betreuungsschuljahr 2010/2011 und die Genehmigung der Haushaltspläne für die Mittagsbetreuung an der Grundschule Piding für das Schuljahr 2011/2012 beantragte.

Im Schuljahr 2010/2011 betrug das Defizit 6 043,34 € und wurde bereits gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 06.10.2010, TOP 4, durch die Gemeindeverwaltung ausgeglichen. Nach der Haushaltrechnung für 2010/2011 teilen sich die Einnahmen und Ausgaben für die fünf Gruppen (ca. 120 Kinder) der Mittagsbetreuung in der Grundschule wie folgt auf:

<b>Ausgaben 2010/2011</b>	<b>€</b>	<b>Einnahmen 2010/2011</b>	<b>€</b>
<b>Personalkosten</b>	25 786,87	<b>Zuschuss Regierung</b>	16 615,00
<b>Spielzeug, Bastelmaterial</b>	850,00	<b>Elternbeiträge (7 € je Kind monatlich)</b>	8 345,00
<b>Versicherung</b>	250,00		
<b>Telefon, Fahrtkosten usw.</b>	570,00		
<b>Verwaltungskosten</b>	1 647,41		
<b>Gesamt</b>	29 104,28	<b>Gesamt</b>	24 960,00
<b>Defizit</b>	<b>4 144,28</b>		

Aufstellung Einnahmen und Ausgaben für zwei Mutter-Kind-Gruppen mit jeweils ca. zehn Kindern (Zwergerlgruppen) in der Zeit vom September 2010 bis Juli 2011. Die Treffen der Mütter mit Kleinkindern erfolgen jeweils Mittwoch von 09:30 Uhr bis 11:30 Uhr in der AWO-Begegnungsstätte:

<b>Ausgaben 2010/2011</b>	<b>€</b>	<b>Einnahmen 2010/2011</b>	<b>€</b>
<b>Personalkosten</b>	2 512,60	<b>Elternbeiträge (4 € je Treffen)</b>	1 436,00
<b>Spielzeug, Bastelmaterial</b>	100,00		
<b>Versicherung</b>	40,00		
<b>Anteil. Miet- u. Nebenkosten</b>	100,00		
<b>Verwaltungskosten</b>	159,16		
<b>Gesamt</b>	2 911,76	<b>Gesamt</b>	1 436,00
<b>Defizit</b>	<b>1 475,76</b>		

Aufstellung Einnahmen und Ausgaben für die Osterferienbetreuung in der Grundschule Piding vom 18. April 2011 bis 29. April 2011 von 07:30 Uhr bis 14:00 Uhr:

<b>Ausgaben</b>	<b>€</b>	<b>Einnahmen</b>	<b>€</b>
<b>Personalkosten</b>	795,00	<b>Elternbeiträge</b>	977,00
<b>Spielzeug, Ausflüge</b>	400,00		
<b>Versicherung</b>	20,00		
<b>Allg. Ausgaben, Werbung</b>	30,00		
<b>Verwaltungskosten</b>	74,70		
<b>Gesamt</b>	1 319,70	<b>Gesamt</b>	977,00
<b>Defizit</b>	<b>342,70</b>		

Aufstellung Einnahmen und Ausgaben für die Sommerferienbetreuung in der Grundschule Piding vom 01. August 2011 bis 12. August 2011 von 07:30 Uhr bis 14:00 Uhr:

<b>Ausgaben</b>	<b>€</b>	<b>Einnahmen</b>	<b>€</b>
<b>Personalkosten</b>	1 065,00	<b>Elternbeiträge</b>	1 520,00
<b>Spielzeug, Ausflüge</b>	365,00		
<b>Versicherung</b>	50,00		
<b>Allg. Ausgaben, Werbung</b>	30,00		
<b>Verwaltungskosten</b>	90,60		
<b>Gesamt</b>	1 600,60	<b>Gesamt</b>	1 520,00
<b>Defizit</b>	<b>80,60</b>		

<b>Defizit 2010/2011</b>	<b>€</b>
<b>Mittagsbetreuung</b>	4 144,28
<b>Mutter-Kind-Gruppen</b>	1 475,76
<b>Osterferienbetreuung</b>	342,70
<b>Sommerferienbetreuung</b>	80,60
<b>Gesamt</b>	<b>6 043,34</b>

Insgesamt wurden durch die AWO Piding im Schuljahr 2010/2011 ca. 140 Kinder in den verschiedenen Gruppen betreut.

Gemäß Haushaltsplanung der AWO fällt für die Mittagsbetreuung an der Grundschule Piding im Schuljahr 2011/2012 für die fünf Gruppen folgendes Defizit an:

<b>Ausgaben 2011/2012</b>	<b>€</b>	<b>Einnahmen 2011/2012</b>	<b>€</b>
<b>Personalkosten</b>	26 411,56	<b>Zuschuss Regierung</b>	16 615,00
<b>Spielzeug, Bastelmaterial</b>	1 000,00	<b>Elternbeiträge (7 € je Kind monatlich)</b>	7 700,00
<b>Versicherung</b>	250,00		
<b>Telefon, Fahrtkosten usw.</b>	650,00		
<b>Verwaltungskosten</b>	1 698,69		
<b>Gesamt</b>	30 010,25	<b>Gesamt</b>	24 315,00
<b>Defizit</b>	<b>5 695,25</b>		

Nach der vorgelegten Haushaltsplanung der AWO beträgt das Defizit für die Mittagsbetreuung an der Grundschule Piding im Schuljahr 2011/2012 rund 5 700 €. Gemäß Vertrag zwischen der Gemeinde Piding und der AWO Piding wird ein etwaiger Fehlbetrag nach der Jahresrechnungsstellung durch die Gemeinde Piding übernommen (Vertrag vom 04.07.2002, Nr. 4.6.). Die AWO bittet die Haushaltspläne für das Schuljahr 2011/2012 zu genehmigen und das voraussichtlich anfallende Defizit im Haushaltsplan 2012 der Gemeinde Piding zu veranschlagen.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

**Beschluss:**

**Die von der Arbeiterwohlfahrt, Ortsverband Piding, mit Schreiben vom 13.09.2011 vorgelegte Haushaltsplanung für das Schuljahr 2011/2012 wird genehmigt. Der Übernahme des anfallenden Defizits wird zugestimmt. Im Haushaltsplan der Gemeinde Piding für das Jahr 2012**

sind für die Übernahme des Defizits aus den Mutter-Kind-Gruppen, der Mittags- und Ferienbetreuung 6.000,- € zu veranschlagen.

Abstimmung: JA-Stimmen: 19  
NEIN-Stimmen: 0

**06. Information über Reaktionen zur Stellungnahme der Gemeinde Piding zur Bekräftigung der Forderung zur Errichtung einer 2 km langen Autobahneinhausung:**

**Frau Hirsch** informiert über die Bekräftigung der Forderung der Gemeinde Piding zur Errichtung einer 2 km langen Autobahneinhausung, welche in der Sitzung des Gemeinderats am 08.06.2011 beraten wurde. Die dabei genehmigte Stellungnahme wurde an das

- Bundesverkehrsministerium Berlin,
- Herr Landrat Grabner,
- Herrn Lichtenwald und Herrn Dr. Wüst von der Autobahndirektion Südbayern,
- Herrn Verkehrsminister Dr. Ramsauer,
- Herrn MdL Richter,
- den Mitgliedern des Ausschusses Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Deutschen Bundestag,
- Herrn Poxleitner von der Obersten Bayerischen Baubehörde und
- dem Staatlichen Bauamt

gesandt.

**Frau Hirsch** liest die von

- Verkehrsminister Dr. Ramsauer (Schreiben v. 22.07.2011)
- Herrn MdL Richter (Schreiben v. 22.06.2011)
- MdB Dr. Hofreiter, stellvertretend für die Mitglieder der Bundesfraktion vom Bündnis 90/Die Grünen im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages (Schreiben v. 27.07.2011)

eingegangenen Stellungnahmen vor.

Zudem verweist sie auf die telefonische Rückmeldung über das Büro Dr. Kofler, stellvertretend für die Mitglieder der SPD im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages.

**GRin Schöndorfer** bittet daraufhin hinsichtlich der noch fehlenden Rückmeldungen ein erneutes Anschreiben zu fertigen mit dem Zusatz: „Rückantwort bis spätestens ....“. Zudem zeigt man sich enttäuscht, dass keine Antwort seitens der Autobahndirektion und Herrn Poxleitner einging. Ebenso wird darauf hingewiesen die Stellungnahme der Gemeinde auch an Herrn Innenminister Herrmann zu senden.

## **07. Verschiedenes:**

- a) **BM Holzner** gibt bekannt, dass das Bayerische Fernsehen für ihre Sendereihe „Nachfolger gesucht“ Firmen bzw. Geschäftsleute sucht, die ihr Gewerbe aufgeben müssen weil kein Nachfolger da ist. Rückmeldungen nimmt die Verwaltung bis Ende Oktober entgegen.
- b) **BM Holzner** setzt die Bauausschussmitglieder davon in Kenntnis, dass die Sitzung am 20.10.2011 auf Donnerstag, 27.10.2011 verschoben wird.

## **08. Anfragen und Anträge:**

- a) **GRin Schöndorfer** fragt nach, wann die Ehrungen verdienter Bürger durchgeführt wird und weist darauf hin, diese in die Kategorien Kultur, Sport und Soziales zu untergliedern. **BM Holzner** teilt mit, dass die Verwaltung momentan keine Zeit für die genaue Ausarbeitung dieser Ehrungen hat und evtl. im Frühjahr (wenn der neue Mitarbeiter eingearbeitet wurde) in Angriff genommen wird.
- b) **GR Grünäugl** bittet darum, die eingegangenen Stellungnahmen über die Bekräftigung der Forderung der Gemeinde Piding zur Errichtung einer 2 km langen Autobahneinhausung dem Protokoll beizufügen.
- c) **GR Dufter** regt an, die Sitzungsvorlagen künftig wieder eher zu versenden, damit man sich besser auf die Sitzung vorbereiten kann. **BM Holzner** erwidert, dass dies aus zeitlichen Gründen zur Zeit nicht machbar ist, verspricht aber Besserung.
- d) **GR Geigl** bittet um Prüfung und Aufstellung von Baustellenschildern im Bereich des ehem. Edeka Berger. **BM Holzner** wird dies mit Herrn Schaller abklären.
- e) **2. BM Pfannerstill** weist auf den 2008 und 2009 durch die FWG gestellten Antrag zur Erstellung eines Energiekonzeptes für gdl. Gebäude hin und wird diesen Antrag erneut einreichen, dass entweder die Verwaltung oder ein Planer mit der Erstellung des Energiekonzeptes beauftragt wird.
- f) **GR Rotter** wünscht, dass das Hinweisschild „Auenstraße 3“ wieder aufgestellt wird.

Erster Bürgermeister Holzner beendet die öffentliche Sitzung um 20.28 Uhr.

Hannes Holzner  
Erster Bürgermeister

Stefanie Aschauer  
Schriftführerin